

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1873

31.1.1873 (No. 26)

Badischer Beobachter.

Büreau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

26.

Freitag 31. Januar

1873.

Preis: 1 R. 18 Kr. 1/2 durch die Post bezogen

1873.

Für die Monate Februar und März laden wir zu zahlreichem Abonnement ergebenst ein. Alle Postanstalten und Postboten nehmen Bestellungen entgegen; für hier und Umgegend das Bureau unseres Blattes.

Die Redaktion des Bad. Beobachters.

Zur kirchlichen Situation.

Aus Württemberg, Ende Jan. Obgleich sich die Geschehnisse über die Stellung der kath. Kirche zunächst nur auf Preußen beziehen, wird es nicht auffallen, wenn die Katholiken Deutschlands die Sache als eine gemeinsame betrachten, um so mehr, da die Nachwirkungen auch anderwärts nicht ausbleiben werden. — In erster Reihe muß man sich die Frage stellen, welche wirkliche, nicht bloß vorgeliebte Nothstände ein solches Vorgehen, wenn auch nicht rechtfertigen, doch wenigstens entschuldigen könnten. Man weist zunächst auf die antinationale Erziehung und Gesinnung des Klerus und seinen begünstigten Einfluß auf das Volk hin. Diese Beschuldigung veranlaßt uns zu einem offenen Rückblick auf das vergangene Jahrzehnt, selbst auf die Gefahr hin, bereits Gesagtes abermals berühren zu müssen.

Was die Gesinnungen des Klerus und des katholischen Volkes betrifft, soweit dies öffentlichen Ereignissen zugänglich ist, so ist wahr, daß in der deutschen Frage die historische Berechtigung des alten Kaiserthums noch immer einen gewissen Einfluß behauptete. Allein bei den trostlosen Verhältnissen in Oesterreich war es nicht schwer geworden, hievon zu abstrahiren; denn von Oesterreich war ein für allemal nichts zu erwarten. Andererseits war die Einigung Deutschlands behufs einer kräftigeren Zusammenfassung der nationalen Kräfte, insbesondere für eine würdigere Stellung nach Außen, ein Jugendtraum jedes deutschen Gemüthes und von dieser Seite schloß man sich offen und ehrlich an Preußen an, das nun einmal den Weg zur nationalen Einigung erschlossen hatte. Wüßte man auch mancherseits dem deutschen Reiche eine entschiedenere bundesstaatliche Gestaltung, als sie die Depositionen im Jahr 1866 erhoffen ließen, möchte man bedauern, Deutschösterreich aus Deutschland hinausgeworfen zu sehen, so wußte man sich doch im Hinblick auf die spätern großen Erruenschast in das Unermeidliche zu fügen. War sodann einerseits die unermüdete Thätigkeit der preuß. Regierung, das Volk nach allen Seiten hin zu heben und dasselbe bei verhältnißmäßig bescheidenen materiellen Mitteln einer ungeahnten Stufe der Kraftentfaltung entgegenzuführen, ganz geeignet, die hohe Achtung der übrigen deutschen Stämme auf sich zu ziehen: so war andererseits die wohlwollende Behandlung der Katholiken in Preußen ganz dazu angethan, diese Achtung zur Grundlage wachsender Sympathien zu machen. Freilich drängte sich mitunter ein dunkler Schatten hervor. Es war die Befürchtung, Preußen könnte, wären einmal seine Ziele erreicht, gegen die Katholiken nach ganz andern Grundsätzen vorgehen, eine Voraussetzung, die nun auch wirklich eingetreten ist. Diese frühere Befürchtung gewann in allen kath. Theilen Deutschlands mehr und mehr Nahrung durch die Vorgänge in Baden. Schon die Inaugurirung der neuen Aera gab der starken Vermuthung Raum, daß ihre Fäden bis nach Berlin reichten. Die Gesetze über das Schulwesen, die Stiftungen, die Staatsprüfung der Geistlichen u. s. w. die, wie die Dinge heute liegen, nur als angehende Vorversuche zu betrachten sind, konnten dieses Mißtrauen nur verstärken. Je entschiedener man Seitens der badischen Regierung für die Ziele Preußens thätig war, je unbeschränkter sonach der preuß. Einfluß in Baden sein mußte, um so mehr mochte es auffallen, daß Preußen seinen Einfluß nicht geltend machte, um eine Politik wenigstens zu sistiren, die geeignet war, neue Befürchtungen für den Fall der preuß. Führerschaft in allen kath. Theilen Deutschlands hervorzurufen, und dies zu einer Zeit, wo noch manche schwere Wolke am westlichen Hori-

zonte hing und die Zukunft bei allem Selbstvertrauen Preußens noch weit über jede sichere Berechnung hinauslag. Da mußte man sich doch sagen, daß diese badischen Vorgänge von Preußen, wenn auch nicht veranlaßt, doch im Stillen gutgeheißen wurden. Zu einer solchen Annahme lag um so mehr Grund vor, je weniger die fraglichen Gesetze durch irgend ein reales Bedürfniß hervorgerufen waren und durch dieselben zwar Aenderungen zum Nachtheil der kath. Kirche, aber für das Staatswesen keine auch nur nennenswerthe Verbesserungen gewonnen waren. — Gleichwohl schienen gegenüber den Erruenschast der Jahre 1870/71 alle alten Wunden vernarben zu wollen. Das gemeinschaftlich vergossene Blut und die gewonnenen Resultate schienen ein fester Kitt zwischen allen Stämmen und Bekenntnissen Deutschlands zu sein, so daß mit der staatlichen Einigung auch diejenige der Gemüther gewonnen war. Jedes Bedenken, falls es auch auftauchte, mochte seine Veruhigung in dem ungemessenen Vertrauen nach einer Seite hin finden, die sich nicht näher definiren läßt.

So hatte sich die Sachlage gestaltet in den nicht preuß. Theilen des kath. Deutschlands; man darf sonach mit vollem Grunde annehmen, daß die patriotische Gesinnung und treue Anhänglichkeit an das Ganze nicht geringer sein konnten in denjenigen katholischen Provinzen, die ohnehin schon dem preuß. Staatsverbande angehören. Wenn übrigens die Regierung, wie solches zwar ohne Belege behauptet wurde, da und dort nicht immer die erwünschte nationale Begeisterung entdeckt haben sollte, darf sie sich dessen nicht wundern, da die der Regierung ergebene Presse im Verein mit dem weitesten Fortschritte längst beflissen ist, das Feuer gegen die katholische Kirche nach Kräften zu schüren. Den früheren erfreulichen Zustand festzuhalten, wäre für Preußen die einfachste Aufgabe von der Welt gewesen. Man hat es anders beliebt, aber dadurch das Band des Vertrauens und des innern Friedens mehr als nur gelockert. Man gibt vor, durch die in Aussicht gestellten Maßregeln nationale Gesinnungen groß ziehen zu wollen, während man Gefahr läuft, durch sie die vaterlandslose Gesinnung zu schaffen, die der Liberalismus schon längst in so frivoler Weise an die Wand gemalt hat.

Doch nicht die „vaterlandslose“ Gesinnung des Klerus ist die einzige Ursache dieses Vorgehens; ein größerer Uebelstand ist angeblich durch das Infallibilitäts-Dogma hervorgerufen worden, das, wie uns die Liberalen versichern, jedes Staatswesen, wenn nicht rechtzeitig Vorkehr getroffen wird, zu verschlingen droht, obgleich man bisher nicht im Stande war, eine Gefahr, ich will nicht sagen nachzuweisen, sondern nur entfernt zu signalisiren. Je weniger Gründe, desto größer das Geschrei, und da die Gefahren, welche man nicht kennt, die größten sind, so muß man ihnen auch rechtzeitig vorbeugen. Was nun die Katholiken betrifft, die doch auch in einem Staate und in Ansehung ihrer bürgerlichen Aufgaben in unangefochtenem Frieden leben möchten, so haben sich dieselben dem fraglichen Dogma mit einer unerschütterlichen Gemüthsruhe unterworfen. Sie wissen, daß man zuerst alle göttlichen Gebote, alle Grundsätze des Christenthums vernichten müßte, bevor von einer Beschädigung „des Staates“ ernstlich die Rede sein könnte. Dem Papste, sofern er über Gegenstände des ohnehin längst präcisirten Glaubens und der Sitten spricht, haben wir vorher gerade so gut geglaubt wie jetzt. Wir sind überzeugt, daß der Papst nie von den Katholiken etwas fordern wird, was ihren bürgerlichen Pflichten zuwider wäre, wie wir andererseits sicher sind, daß er in einem solchen Falle, wenn er anders für möglich gehalten werden könnte, tauben Ohren bezaugen würde. Hat man gleichwohl aus diesem Dogma ein Schwert gemacht, so muß man nicht vergessen, daß es zweischneidig ist, nicht nur an der Klinge, sondern auch am Griff. Alle Welt weiß, oder könnte es wenigstens wissen, daß die Spitze dieses Dogmas gegen den Gallicanismus, welcher Elemente zu Zerwürfnissen in sich trägt, gegen die

verderblichen Lehren und Bestrebungen unserer Zeit, wie sie in der Pariser Commune ihre traurige Illustration gefunden haben, endlich gegen einzelne hoffärtige Professoren gerichtet ist, welche den päpstlichen Aussprüchen öfter mit dem Einwand entgegen traten: „Es ist nichts entschieden, so lange noch kein Concil darüber erkannt hat.“ Jeweils ein Concil zu herufen, so oft es der sog. „Wissenschaft“ beliebt, sich aufzublähen, hieße doch, selbst wenn es möglich wäre, dem Hochmuth zu viel Ehre erweisen. Im Hinblick auf diese Zustände konnte der hl. Vater, als man ihm von der Unzeitgemäßheit des Dogmas sprach, mit vollem Rechte antworten: „Die Definirung ist inopportun, aber nothwendig.“ Eines aber verargen wir Pius IX. nicht, daß er die kath. Kirche und ihre Einheit ebenso zu wahren sucht, wie der Kaiser die Einigkeit des Reiches. Daß er es aber an der Zeit fand, zu diesem Zwecke eine längst reservirte Stütze hervorzufuchen, das ist es, was ihm der Liberalismus nicht verzeihen kann. So wenig wir es wünschen, könnte übrigens gleichwohl eine Zeit kommen, wo man bedauern wird, daß sich die Autorität des Kirchenoberhauptes nicht so durchgreifend zu erweisen vermag, als man es wünschte, nachdem man sie lahm zu legen lange genug beflissen war.

Daß die Angst vor der Infallibilität eine bloß simulirte ist, versteht sich von selbst. Soweit unser Gedächtniß reicht, ist nicht ein einziger Fall bekannt, daß der Papst sich in rein weltliche Dinge einzumischen versucht hätte. Als nach der Definirung des Dogmas das Bangemachen von allen Seiten angehoben wurde, mochten einzelne Regierungen, ohne sich jedoch nähere Rechenschaft darüber geben zu können, wenigstens die Möglichkeit eines künftigen Konfliktes zugeben. Württemberg begnügte sich jedoch mit der Erklärung, daß diesem Dogma kein Einfluß auf die bürgerlichen Verhältnisse zuerkannt werden könne. Eine ähnliche Erklärung wurde, wenn wir uns recht erinnern, auch von der badischen Regierung abgegeben. In letzterem Lande kam bekanntlich seiner Zeit nach langjährigen und schmerzlichen Wehen ein Concordat zu Stande. Wenige Tage nachher wurde der rechtsgiltige Vertrag in den Papierkorb geworfen. Man hat in demselben Lande das Schulwesen neu geordnet und dabei die Kirche von jeder formellrechtlichen Mittheilung ausgeschlossen. Man entzog derselben eine Reihe von Stiftungsverwaltungen u. s. w. Der Papst, wie die kirchlichen Landesbehörden haben protestirt und remonstrirt. Man schritt jedoch über alle Vorstellungen einfach hinweg, und man will die Welt glauben machen, das große mächtige Preußen mit seiner überwiegenden protestantischen Bevölkerung und Volksvertretung schwebte in Gefahr? dieses Preußen, das, wie man nach allen Vorgängen annehmen muß, trotz des gewaltigen Hemmschuhs von ein paar hundert Jesuiten und eines zur Zeit noch „vaterlandslosen“ Klerus eine vordem ungeahnte Machtfülle errungen hat? (Schluß folgt.)

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 21. Jan. (R. B. B.)

(Schluß.)

Das Haus tritt nunmehr in die erste Berathung des Gesetzesentwurfes betreffend den Austritt aus der Kirche.

Abg. Reichensperger (Koblenz) gegen die Vorlage. Aus ähnlichen Gesichtspunkten, wie die des Abgeordneten Lasker, als er vor einigen Tagen gegen die Eisenbahnleihe sprach, habe ich mich gegen den vorliegenden Entwurf zum Wort gemeldet. Das Gesetz enthält eine Lücke und geht zugleich nicht weit genug. Anfangs glaubte ich, es sei aus der zarten Rücksicht entsprungen, denjenigen Personen, welche künftighin nicht geneigt sein sollten, einer geknebelten polizeilich gemäßigten Kirche noch ferner anzugehören, und den Austritt aus der Kirche dem aus dem Lande vorzuziehen, diesen Austritt zu erleichtern. Jetzt habe ich aber eingesehen, daß diese Vorlage nur ein Complement der drei anderen ist, welche die katholische Kirche auf den Aussterbe-Etat setzen sollen. Der vorliegende Entwurf bezweckt die Erleichterung dieser Prozedur, er macht den Austritt recht bequem: er kostet nur fünf Silbergroschen. (Weiterkeit.) Es ist das in der That eine hübsche Nachhilfe für die anderen Vorlagen und unterstützt die Tendenz von der Blutabzapfung der Kirche nicht wenig. Ich bin mit dem Abg. v. Mallindrot vollkommen einverstanden, den

Austritt aus der Kirche möglichst zu erleichtern; denn weg mit allen denen, welche nicht mit Herz und Seele ihr angehören! Wenn sie nicht freiwillig gehen, so müssen sie eben gegangen (Heiterkeit) d. h. excommunicirt werden, und zwar vor versammelter Gemeinde, die den heuchlerischen Genossen kennen lernen muß. Ich wäre daher dafür, daß die Austrittserklärungen nicht fünf Silbergroschen kosteten, sondern daß die Austrittenden womöglich noch Geld herausbekämen (Heiterkeit), und möchte ein Amendement in diesem Sinne stellen. Aber das Gesetz enthält eine Lücke. Man weiß nicht, wohin die Austrittenden gehen. Ich setze voraus, daß sie in's Freie fallen. (Heiterkeit.) Die Linke des Hauses tröstet sich mit dem Gedanken, daß diese Leute nunmehr dem Reiche der Humanität angehören werden. Wenn die Herren mir nur definiren wollten, was Humanität ist! Ich habe mich eingehend damit beschäftigt und bin bis heute zu keinem Resultate gekommen. Das Wort kommt doch von homo her, muß also wohl mit menschenartig oder urmenschenlich zusammenhängen. Für mich hatte das Wort Humanität einen phrasenhaften Klang ohne bestimmten Sinn. Ich kann mir nicht ein Mal Sittlichkeit ohne Religion vorstellen (Oho! links), und Ihr „Oho“ bekehrt mich dabei so wenig wie das Kopfschütteln des Kollegen Laßler. Sie werden mir nun antworten: Es ist Sache der Austrittenden, sie werden schon wissen, wo sie bleiben. Ich frage aber nur: Was soll aus den minderjährigen Kindern, den Mündeln der Austrittenden werden, die mit Humanität und Sittlichkeit noch nichts anfangen können? Hier sollte doch der Staat Vorkehrungen treffen. Sollen denn die Kinder auch zu in's Freie gefallenen Humanisten werden? Bis jetzt galt es doch immer für nöthig, daß Kinder Religion haben. Auf der andern Seite geht mir der Entwurf nicht weit genug. Es sind in ihm keine Vorkehrungen getroffen für diejenigen, welche nicht an Gott glauben. Es ist doch unleugbar, daß es in der sogenannten gebildeten Welt, welche die Abgg. Jung und Windthorst (Dortmund) im Gegensatz zur ultramontanen Bornirtheit vertreten haben, eine große Anzahl von offenen und verschämten Atheisten gibt; ich erinnere nur an David Strauß, den Meister der wissenschaftlichen Kritik, der da sagt, daß in allen Schichten der Gesellschaft offen und unter der Maske der Heuchelei für den Atheismus Propaganda gemacht wird — mit der Heuchelei häufiger und mit mehr Erfolg — denn läßt man die Maske ganz fallen, so stößt man vielleicht auf verschämte Gemüther, die da ausrufen: Vierter Gott, man hat doch so lange an Gott geglaubt! (Heiterkeit.) Auch hier sollte doch die religiöse Gleichgültigkeit beseitigt werden, welche Sie so oft unlieblichen Personen vorhalten, ja die Herr Birchow erst jüngst noch höchst ungedröhter Weise den Bischöfen vorgeworfen hat, ohne daß wegen des frühzeitigen Schlußes der Debatte einem Redner von uns ein Wort der Entgegnung möglich gewesen wäre. Der Name Gottes sollte doch aus dem Eide beseitigt werden; ich wenigstens halte es für eine Blasphemie, wenn Jemand Gott zum Zeugen der Wahrheit anruft und nicht an ihn glaubt. (Sehr wahr! im Centrum.) Die religiösen Eide sollten ganz aufgehoben werden (Zustimmung links); es sollte ganz einfach heißen: Ich schwöre u. s. w., so wahr ich Furcht vor dem Strafgesetze habe. (Heiterkeit und Zustimmung.) In dieser Richtung sollte der Entwurf noch amendirt werden und ich hoffe, die Herren von der Linken werden mir dabei helfen, nicht nur die Kirche, sondern auch die Gottheit formell loszuwerden, und sollte Ihnen dieses Vorschlag von Gott doch bedenklicher scheinen als der Austritt aus der Kirche, nun so erschweren Sie den Schritt, setzen Sie einfach 10 anstatt 5 Sgr.! (Große Heiterkeit.)

Abg. v. Gottberg für die Vorlage. Der Entwurf bezweckt erstlich, einheitliche Bestimmungen über diese Materie für alle Landestheile zu geben. Dieser Tendenz stimme ich völlig zu; bedenklich aber finde ich es, daß der Austritt aus der Kirche so sehr, wie es die Vorlage will, erleichtert werden soll. Die bisherige Form war bereits lau genug. Könnte ich schon bisher nicht einsehen, weshalb der Austrittende seinen Austritt dem Richter anzeigt, und der Geistliche der Gemeinde erst die Abschrift des gerichtlichen Protokollles erhält, so wird das Falsche dieser Bestimmung noch unzuträglicher, wenn nun auch die vierwöchige Frist wegfällt, welche bisher von Predigern oder andern Mitgliedern der Gemeinde benutzt werden konnte, um den Austrittenden von einem Schritte zurückzuhalten, der häufig aus feivolen Gründen, um sich den kirchlichen Beiträgen zu entziehen, unternommen wird. Aus eigener Erfahrung erinnere ich mich vieler Fälle, in denen zahlreiche Gemeinde-Mitglieder ihren Austritt anzeigten, weil ein Kirchenbau und die damit verbundenen Kosten in Aussicht standen. Die Leute verrechneten sich; denn nach der Entscheidung des Obergerichtsbals mußten sie doch beisteuern, wenn sie keiner andern Religions-Gesellschaft beitraten. Es thut mir deshalb leid, wenn die bisherige Praxis beseitigt werden und eine Entlassung der oft aus den feivollsten Veranlassungen Austrittenden herbeigeführt werden sollte.

Damit ist die Debatte geschlossen.
Die Vorlage geht gleichfalls an die Commission für die kirchlichen Gesetze.

Deutschland

* Karlsruhe, 27. Jan. Das heutige Gesetzes- und Verordnungsblatt Nr. 3 enthält Verordnungen und Bekanntmachungen: 1) des Ministeriums des großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen: a. die Kosten des Verhaftes in den Kreis- und Amtsgefängnissen betreffend; b. das Dienstentommen der Gefängnißwärter betreffend; c. die Gebühren für Verhaftungen und Begleitung Verhafteter betreffend; d. die Commandozulagen der Gendarmen in Strafsachen betreffend; e. die Bezahlung der Telegraphengebühren in Strafsachen betreffend; f. die Aufnahme von Beurkundungen des bürgerlichen Standes der Ausländer betr. 2) Des Ministeriums des Innern: die unfrankirte Absendung portopflichtiger Dienstsachen mittelst der Post betreffend.

* Karlsruhe, 28. Jan. Gestern Abend fand im „Weißen Bären“, gewöhnlich Bärenzwinger genannt, wo die Häupter der Liberalen und Freimaurer ihre Niederlage haben, eine sog. alkatholische Versammlung statt, in welcher Graf Enzenberg die Haupt-

rede hielt, in der er laut „Bad. Landeszeitung“ den Pops „eine Marionette, die von den Jesuiten geführt wird“, zu schelten beliebte. Dergleichen Schmähungen sind wohlfeil wie Brombeeren und wir thun ihrer nur Erwähnung, um den Katholiken zu zeigen, wie unwahr es ist, wenn die nämlichen sogenannten Altkatholiken dergleichen thun, als ob sie noch am Primat des Papstes, wenn auch ohne die Infallibilität, festhielten. Im Allgemeinen ist es unschwer vorherzusehen, daß trotz dem großen Spectakel, mit welchem der „Altkatholicismus“ dormalen im Lande rumort, nicht viel bei dem ganzen Lärm, dessen künstliche Erregung sehr klar zu durchschauen ist, herauskommen wird. Nur ruhig Blut, Anton! Trennen sich die Elemente gewaltsam von der Kirche, die längst ihr nicht mehr angehört, so kann diese nur dabei gewinnen; wollen sie aber die bisherige Comödie fortspielen, als ob sie noch innerhalb der kath. Kirche ständen, so werden sie um so rascher zu Grunde gehen, weil ohne Aenderungen in Dogmen und Gottesdienst der überwiegenden Mehrzahl der „Altkatholiken“ auf die Dauer nicht gedient ist und deshalb die wenigen Priester, die der „Altkatholicismus“ für sich gewonnen hat, bald nicht mehr wissen werden, wen sie eigentlich pastoriren sollen. Aus diesen und ähnlichen Gründen steht man auf unserer Seite mit außerordentlicher Kühle der neuen „Bewegung“ gegenüber.

* Karlsruhe, 29. Jan. In der „Allgem. Btg.“ lesen wir von wichtigen Arbeiten, mit welchen gegenwärtig das Ministerium für den im Herbst zusammentretenden Landtag beschäftigt sei. Das Wichtigste wäre jedenfalls, wenn es sich bestätigen sollte, die Vorlage einer Städteordnung, die auf der Grundlage der Einwohnergemeinde ruhen würde. Wir hätten also abermals eine einschneidende Aenderung der Gemeindeordnung zu erwarten, nachdem diese schon so unzählige Operationen an sich hat vornehmen lassen müssen, ohne daß bis jetzt das absolut Gute zu Stande gekommen wäre. Nach der kurzen Mittheilung der „Allgemeinen Zeitung“ zu schließen, scheint man eine doppelte Gemeindeordnung künftig einführen zu wollen, eine solche für die Landgemeinden mit Zugrundelegung der Bürgergemeinde und eine solche für die Städte, in welchen die Einwohnergemeinde zur Einführung käme. Wie jetzt die Dinge bei der in großartigstem Maßstab nach den Städten fluctuirenden Bevölkerung sich gestalten, wäre ein solcher Plan, wenn er überhaupt existirt, nicht so übel; das Bedenken, welches wir gegen denselben haben, besteht nur darin, daß wir unser Land im Allgemeinen wie unsere Städte im Besonderen für zu klein für eine solche Gemeinde-reform halten. Wir meinen, man solle bei neuen Aenderungen vor allen Dingen darauf Acht haben, daß man nicht abermals ein so ganz entsetzlich verfehltes Experiment wie das der Kreisversammlungen zuwege bringt, die jetzt zum vollständigen Aussehen verdammt sind. Indessen glaubt die „Augsburger Allgemeine“ zu wissen, daß auch hierüber, sowie über eine Steuerreform dem nächsten Landtag Vorlagen unterbreitet werden sollen. Qui vivra vorra!

* Karlsruhe, 29. Jan. Das politische Programm in der neuesten Schrift des Herrn Bischofs von Mainz lautet dahin: 1) Rückhaltlose Anerkennung der deutschen Reichsgewalt innerhalb der Grenzen ihres jetzigen Rechtsbestandes. 2) Festes nationales Bündniß mit Oesterreich, dem deutschen Ost-Reiche. 3) Redliche Anerkennung der Selbstständigkeit der zum deutschen Reiche gehörigen Einzelländer, soweit es die notwendige Einheit des Reiches zuläßt und nach Maßgabe der Reichsgesetze. 4) Die christliche Religion ist sowohl im Reiche als in den einzelnen Staaten bei allen Einrichtungen, welche mit der Religionsübung im Zusammenhang stehen, unbeschadet der Religionsfreiheit, zu Grunde zu legen. 5) Die anerkannten christlichen Confessionen ordnen und verwalten ihre Angelegenheiten selbstständig und verbleiben im Besitze und Genuß der für ihre Cultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke gestifteten Anstalten und Fonds. 6) Ein deutsches Reich fordert vor Allem deutsches Recht und deutsche Freiheit im Sinne eines gesicherten Rechtsgebietes für die individuelle und genossenschaftliche Freiheit und im Gegensatz zu der lügenhaften Freiheit des Absolutismus und Liberalismus, welche die Freiheit des Individuums und der Genossenschaft vernichten. 7) Damit verbunden Freiheit des höheren, des mittleren und des niederen Unterrichts, unter gesetzlich geregelter Staatsaufsicht, und Einrichtung der Staatsschule nicht nach der Willkür der Staatsbehörden, sondern nach den realen, religiösen, geistigen und sittlichen Verhältnissen des Volkes. 8) Ein deutsches Reich fordert deutsche Verfassungsformen auf allen Gebie-

ten, nicht nur der Reichs- und Landesverfassung, sondern auch der ganzen gesellschaftlichen Verfassung des Volkes für alle seine Bedürfnisse; corporative Organisation im Gegensatz zu den mechanischen Verfassungsformen des Liberalismus; Selbstverwaltung im Gegensatz zur reinen Beamtenherrschaft. 9) Insbesondere eine diesen Grundsätzen entsprechende innere Landes-, Gemeinde- und Kreisverfassung. 10) Ausbau der Reichsverfassung: a. durch ein Oberhaus, b. durch ein oberstes Reichsgericht als unantastbares Bollwerk des gesammten deutschen Rechtszustandes, als Bollwerk des öffentlichen Rechtes und als Rechtscontrole für die Reichs- und Landesverwaltung. 11) Ordnung des Staatsschuldenwesens, Verminderung der Staatslasten, Ausgleichung der Steuern. Als Mittel dazu: a. Einführung der Börsensteuer. b. Einführung der Einkommensteuer für die Gründungs- und Actiengesellschaften. c. Betrieb der Eisenbahnen auf Staatskosten. d. Minderung der Militärlast. e. Wegfall der Steuer auf die nothwendigsten Lebensbedürfnisse. 12) Corporative Reorganisation des Arbeiterstandes und des Handwerkerstandes. Gesetzlicher Schutz der Arbeiterkinder und der Arbeiterfrauen gegen die Ausbeutung der Geldmacht. Schutz der Arbeiterkraft durch Gesetze über Arbeitszeit und die Sonntagsruhe. Gesetzlicher Schutz der Gesundheit und Sittlichkeit der Arbeiter bezüglich der Arbeitslokale. Aufstellung von Inspektoren zur Controle der zum Schutze des Arbeiterstandes erlassenen Gesetze. 13) Gesetzliches Verbot aller geheimen Gesellschaften, insbesondere des Freimaurerordens als Geheimbund.

* Constanz, 28. Jan. Ihr Blatt brachte in den letzten Tagen wiederholte Nachrichten über die „alkatholische Bewegung in Constanz.“ Gestatten Sie einem Manne, der von allem Parteitreiben sich fern hält, Ihnen in wenigen Sätzen die thatsächliche Wahrheit über diese Angelegenheit ohne alle weiteren Bemerkungen mitzutheilen. Diese Wahrheit besteht darin, daß das alkatholische Unternehmen schon jetzt als gänzlich mißlungen betrachtet werden muß. Der Versuch, Unterschriften zu sammeln, hat den für die Urheber desselben denkbar traurigsten Erfolg gehabt. Sie wurden fortgeschickt von Leuten und in Häusern, wo sie es am allerwenigsten vermuthet hätten. Auch in dem Gemeinderathe des Bürgermeisters Stromeyer sitzen noch jetzt, nach Allem, was bisher geschehen ist, Männer genug, welche zu keinem Abfall von der Kirche ihrer Väter sich hergeben. Ueberhaupt unterscheidet die Bevölkerung der Stadt ganz gewaltig zwischen Allem, was seit so und so vielen Jahren sich zugegetragen hat, und zwischen dem, was gegenwärtig einige — gelind gesagt — höchst unbedeutende Elemente aufgerührt haben. Wenn Michelis oder Reindens, oder wer sonst nach Constanz kommt, so wird er, falls man ihm jetzt die Wahrheit noch nicht gestehen sollte, ganz außerordentlich und keineswegs freudig erstaunt sein über den Boden, welchen man ihm zubereitet hat. Das einige und geschlossene Auftreten der Pfarrer hat bei der Bevölkerung den besten Eindruck hervorbracht, und bei denen, welche Etwas gelernt haben, herrscht unbeholfenes Erstaunen über die ganz vollendete rechtliche Bodenlosigkeit des ganzen, trübseligen Lärmens. In der That, Dinge, die so ungeschickt und so läppisch angegriffen werden, sind selbst für Michelis viel zu schlecht. — Sie haben gewiß Recht, von allen thatsächlichen Vorkommnissen und katholischen Kundgebungen in dieser Angelegenheit Notiz zu nehmen; aber ich kann auf's Bestimmteste behaupten, daß der Verlauf der letzten Altkatholikerversammlung im „Hussengarten“ am 25. I. Mts. ein klägliches, die Zahl der Anwesenden eine lächerliche war; vielleicht 30—40 Personen. Am 12. Febr. soll Michelis oder Reindens im Concilienssaale vor den alkatholischen Elementen der ganzen Seegegend eine Rede halten, was ihm gewiß kein Mensch verwehren wird. Daß die Constanzer Altkatholiken den Saal niemals füllen werden, das haben die Herren bereits zu ihrem tiefsten Leidwesen einsehen gelernt.

3 Aus dem Kreise Offenburg, 27. Jan. Die Vogen-Katholiken wollen in unserm Lande einen andern Feldzug gegen die katholische Kirche eröffnen. Oben und unten und mitten im Lande soll's zumal losgehen. Schon die Gleichzeitigkeit der neuen Unternehmungen weist auf eine höhere leitende Hand hin. In Bayern ist der alkatholische Waizen, seitdem die Sonne von oben minder hold ihm lächelt, kümmerlich abgeblüht; in Schlesien und bei den Rheinländern und den kernigen Westphalen ist erfahrungsgemäß nichts auszurichten, darum muß bei uns, wo man so gerne experimentirt, neuer Anlauf gemacht werden, sonst käme die ganze Bewegung, auf

die man in Berlin einige hohe Karten gesetzt hat, in Stillstand. Gelänge in Freiburg, Konstanz u. die Gemeindebildung, so wird sich das Weitere schon finden, denn — im Spätjahr treten ja die badischen Kammern zusammen. Ich betrachte Herrn Michelis, dessen Charakteristik in dem Titel des „Plato mordens“, das er vor einigen Jahren geschrieben hat, gezeichnet ist, als einen nordischen Emisjär. Hr. Michelis ist preussischer Professor an einer preussischen Staatsanstalt; er konnte sich ohne höhere Erlaubniß nicht in Heidelberg niederlassen, so lange er seine Entlassung als Professor nicht genommen hätte, was meines Wissens nicht geschehen ist [auch ist immer noch ein Dunkel über seine venia docendi in Heidelberg]. Auch kann der Herr von dem Weisfall-Strampeln der Heidelberger Studenten nicht leben, er scheint vielmehr seinen Gehalt als preussischer Professor fortzubehalten. Ich spreche meine Vermuthungen offen aus, um daran die öffentliche Aufforderung an Hr. Dr. Michelis zu knüpfen, derselbe wolle, falls meine Hypothese falsch ist, dieselbe berichtigen und namentlich klar und bestimmt auf die Fragen antworten: ob er noch in preussischem Staatsdienste sei? Ob er noch seinen Gehalt als preussischer Professor beziehe? Oder wann er seine Entlassung genommen und erhalten? Ob er auf seinen Gehalt verzichtet? Hierüber thut vor Allem Aufklärung noth.

§ Von der Säulot, 25. Jan. Der Maulliberalismus, wie die Berliner „Volkszeitung“ die zur Zeit in Deutschland herrschende Richtung sehr bezeichnend genannt hat, und seine Presse ist sich überall gleich. Wenn's nur gegen die Katholiken geht, dann wird Alles gebilligt. So bemerkt der „Niederrh. Courier“ zu den neuen preussischen Gesetzentwürfen: „Wenn das richtig durchgeführt ist, wird's ein schwerer Schlag sein für die clericale Partei.“ Alles ist demnach gut, wenn's nur gegen die clericale Partei d. h. gegen den Katholicismus geht. So meint's die maulliberale Presse. Mehr und mehr kehren wir zu den Zeiten zurück, wo es genügte zu sagen: „Der ist ein Fanatiker und ein Pfaffenfreund, man muß ihn quillotiren.“ Oder in die älteren Zeiten, wo man schrie: „Der ist ein Christ, werjet ihn den Löwen vor.“ Nero und Robespierre haben ihre Nachbeter und Ruhmredner in den Zeitungsschreibern dieser Zeit. Uebrigens waren die alten Heiden bei allem Wüthen gegen das Christenthum doch noch ehrlich. Sie nannten ihre Gegner wenigstens geradeweg Christen. Ihre liberalen Nachahmer von heute aber sind gemeine Verläumder. Sie getrauen sich nicht die Objecte ihres diabolischen Hasses Katholiken zu nennen, sie nennen sie clericale Partei, Ultramontane, Fanatiker, Jesuiten, Römlinge u. s. w. Christenverfolger und Feuchler zugleich!

Aus Baden, 25. Jan. Zufällig kommen uns zwei „Ultramontane“ ganz eigenthümlicher Art in die Hand: Cicero und Valerius Maximus. Sie stellen als Grundsätze hin: „Die väterliche Religion sei das den Staat und alles bürgerliche Leben zusammenhaltende Band (Cic. de leg. I. 7), und ihr müsse Alles untergeordnet werden, auch dasjenige, von dem sie wollten, daß es im Glanze der höchsten Majestät erscheine (Staatssoveränität); so daß nie ein Zweifel darüber war, daß alle menschliche Herrschaft der göttlichen dienen müsse; denn also werde die menschliche Macht am besten gefestigt, wenn sie zuerst der göttlichen Macht treu und standhaft diene.“ (Valerius Maximus I, 1, 9.) „Man muß Gott mehr gehorchen, als den Menschen.“ Wer weiß, ob diese zwei sonderbaren „Ultramontanen“ nicht bald entweder von den Linden oder der Wilhelmstraße aus confiscirt werden oder der Reichsfalte auf sie loschießt. (A. Pfztg.)

••• Vom Mittelrheine, Ende Januar. Seit dem Wiederzusammentritt des preussischen Landtags in Berlin haben in demselben schon mehrere ganz eigenthümliche Scenen stattgefunden. Keine aber war wohl ergreifender, als der Augenblick, in welchem der Präsident dem erst gewählten, alten, ehrwürdigen Abgeordneten von Gerlach das Wort ertheilte. Alsobald wurde sein Name von der sog. „liberalen“ Partei mit Rischen und Hohngelächter aufgenommen, viele ihrer Mitglieder verließen den Saal. Herr v. Gerlach aber, seit langen Jahren als ächt preussischer Patriot, als streng gläubiger Protestant, als geachteter politischer Schriftsteller bekannt, erklärte mit vor Altersschwäche und innerer Bewegung zitternder Stimme, daß er die auf ihn gefallene Wahl angenommen, um heute, wohl zum letztenmale, die Tribüne zu besteigen, und feierlich, mit aller, ihm noch zu Gebote stehenden Kraft gegen die antikirchlichen Gesetzesvorlagen zu sprechen. Er halte es für eine heilige Pflicht, seine Warnungsstimme gegen deren Annahme zu erheben, weil

er der festen Ueberzeugung sei, daß sie zum Verderben seines geliebten Vaterlandes führen müßten. Denn so theuer ihm auch seine Geburtsstätte sei, so gehe ihm doch seine Religion über die Nationalität, die christliche Kirche über Deutschland und Preußen! v. Gerlach, welcher schon durch seine vortreffliche Schrift: „Kaiser und Papst“ den Jörn der Kammermehrheit hervorgerufen, sah sich nun im Ständesaal selbst verspottet, lächerlich gemacht. Stellt man nur die von ihm, Stroffer, Holz und anderen protestantischen Rednern ausgesprochenen Wahrheiten und Argumente, wie die so logischen Ausführungen eines Windthorst, Mallinckrodt und anderer Führern der Centrumsfraction den Entgegnungen der Regierungsfreunde zur Seite, so trifft man statt auf Gegengründe und Beweise, nur auf Ausbrüche politischer Leidenschaften, nicht zu übertwindender Vorurtheile, auf Lärm, Murren, erzwingene „Heiterkeit“! Ein peinliches Gefühl muß uns aber endlich im vorliegenden Falle ergreifen, wenn wir heutzutage dem unbescholtenen Alter die schuldige Achtung versagen sehen. Wohin gehen wir?

München, 27. Jan. Zur Beförderung des Oberstaatsanwalts Wolf zum Direktor des obersten Gerichtshofs erinnert die „Südd. Post“ daran, daß der Beförderte seiner Zeit dem Kaiser Napoleon seine Bereitwilligkeit, ihm gefällig zu sein, in einem Briefe ausgedrückt hat, der in dem bekannten Buche „Deutschland in den Tuilerien“ abgedruckt ist. Die „P. Btg.“ dagegen macht darauf aufmerksam, daß Hr. Wolf ein hervorragender Agitator des Ultrakatholicismus ist, und fürchtet von einem so ausgesprochenen Parteimanne Nachtheil für die Gerechtigkeitsspflege.

München, 29. Jan. Durch königliches Rescript wurden der Gouverneur der Festung Ingolstadt Generalleutnant Huez und der Commandant dieser Festung Generalmajor Thierck mit Pension zur Disposition gestellt, der Gouverneur der Festung Germerheim Generalleutnant Buß zum Gouverneur von Ingolstadt, der Ulmer Festungscommandant Genermajor Dietl unter Beförderung zum Generalleutnant zum Gouverneur der Festung Germerheim, der Commandant des Cadettencorps Oberst Hebbeling zum Commandanten der Festung Ingolstadt ernannt.

Mainz, 28. Jan. Das „M. Z.“ berichtet aus Frankfurt von gestern: „Dieser Tage kam im Dampfarthof zu Frankfurt ein großes Schreiben an, mit der postamtlichen Aufschrift: „Irthümlich eröffnet.“ Die Adresse lautete: „An das kath. Pfarramt am Dom, zu Frankfurt.“ Welcher Irthum da wohl unterlaufen sein mag? Im Uebrigen war der Brief an Hr. Caplan Dr. Falk in Worms adressirt, der eben wegen allerlei merkwürdiger Neben, die er auf einer Versammlung geführt haben soll, in Untersuchung steht.“

Frankfurt a. M., Jan. In unserer Nachbarstadt Offenbach wurde gestern in der protestantischen Kirche der erste „alkatholische Gottesdienst“ mit Messe und Predigt durch Hr. Professor Knoodt aus Bonn abgehalten. Sollten wir das Urtheil derer referiren, die der Fier heigewohnt, so können wir nur mittheilen, daß der Eindruck der h. Handlung ein recht ungünstiger war. Der größere Theil des Publikums bestand aus Protestanten und Israeliten; an bekannten katholischen Männern wurden etliche dreißig als anwesend gezählt. Demgemäß war auch die Haltung des Publikums. Alles blieb sitzen, selbst während der h. Wandlung, einige, die standen, ausgenommen. Was aber noch mehr frappirte, war der Umstand, daß der Exprediger der deutsch-katholischen Gemeinde, Hr. Johannes Ronge, sammt Gattin in der ersten Bank Sitz genommen hatte; beide verließen jedoch mit Beginn der Wandlung den Platz und die Kirche. Hr. Professor Knoodt hatte in einer Kiste sämtliche Kirchengedächtnisse mitgebracht; aber er hatte keine Chorknaben. Ein 36-jähriger Zuschnneider diente als Ministrant, machte seine Sache aber ungeschickt und verkehrt. Wir schließen mit der ausdrücklichen Versicherung, daß, sofern Hr. Knoodt noch zwei Mal celebrirt und Hr. Michelis noch zwei Mal predigt, dem katholischen Pfarrklerus zu Offenbach keine Sorge mehr bereit werden wird. Fügen wir noch die Bemerkung bei, daß Dr. Michelis im Jahre 1865 zu Ditzburg ein Schriftchen gegen Ronge veröffentlichte unter dem Titel: „Der Katholicismus und die Loge“. Es ist sehr bezeichnend, daß Herr Michelis in dieser Schrift die Unschicklichkeit des Papstes annimmt und unter Loge den Deutschkatholicismus versteht. Und nach 28 Jahren sieht Herr Ronge als Mitbruder zu den Füßen der Herren Dr. Michelis und Dr. Knoodt!!! (R. B. Z.)

Röln, 27. Jan. Ueber eine in den hiesigen Zeitungen äußerst reservirt mitgetheilte Säbel-Affaire

kann ich Ihnen Folgendes mittheilen: Am Samstag Abend gegen 8 Uhr entstand zwischen einem ange-trunkenen Officier des 16. Regiments und einigen Civilisten auf der Straße Streit, und zwar soll derselbe von dem Officier provocirt worden sein. Im Augenblick war um die betheiligten Personen eine große Menschenmenge versammelt und dem Officier wurde der Degen entrisen. Nachdem derselbe sich nun in ein nahegelegenes Haus geflüchtet, wurde zum Schutze des Officiers die Wache herbeigeholt, von welcher derselbe in die Kaserne am Neumarkt gebracht wurde. Vor derselben hatten sich mittlerweile große Volkshaufen gebildet. Nach kurzer Zeit erschien der Officier, dem vorher die Kleider zer-rissen waren, in einem Civilrock vor der Kaserne, von Soldaten begleitet, die auf seinen Befehl die Säbel gezogen und in die Menge einhieben, worauf dieselbe, nachdem es mehrfache Verwundungen ab-geht hatte, auseinanderstob. Die Untersuchung ist eingeleitet. (Frkf. Btg.)

Berlin, 27. Jan. Die „D. R.-C.“ kann die Notiz der Einberufung des Reichstages für März dahin vervollständigen, daß hierfür die Mitte des besagten Monats definitiv in Aussicht genommen ist. Falls durch die gleichzeitigen Berathungen des Reichstages mit dem Landtage Unzuträglichkeiten herbeigeführt werden sollten, dürfte in den Pausen, welche zwischen der ersten und der zweiten Berathung des Gesetzes über die Verfassungs-Änderung im Herrenhause verfließen müssen, eine Vertagung des Landtages eintreten. Dieselbe Correspondenz bestätigt die Nachricht, daß ein Preßgesetz in der diesjährigen Session des Reichstages nicht zur Vorlage kommen werde. Es seien in Betreff dieses Gesetzes Entwurfes zwischen dem preussischen Ministerium des Innern und dem Reichskanzleramt Meinungs-Differenzen ausgebrochen, welche noch nicht beseitigt seien. Unter den Gesetz-Entwürfen, welche für die bevorstehende Reichstags-Session sich in Vorbereitung befinden, sind diejenigen, welche sich auf die Ausbildung des deutschen Festungsnetzes und auf die Dotirung des Fonds für die Invaliden aus dem deutsch-französi-schen Kriege beziehen, am meisten fortgeschritten, und dürften dieselben schon in der nächsten Zeit bis zur Vorlage festgestellt sein. Der letztgenannte Entwurf wird eine Summe von 250 Millionen Thaler für die Pensionen der Invaliden auswerfen, welche zins-tragend in der Weise angelegt werden, daß nach einer Basis, wie sie bei der den Lebens-Versiche-rungs-Gesellschaften zu Grunde liegenden Berech-nungen festgestellt wird, durch die Zahlung der Pensionen nicht nur die Zinsen, sondern auch gradatim mit dem erfolgenden Absterben der Invaliden auch das Capital zum Verbrauch gelangt.

Russland

Rom, 28. Jan. Kammer Sitzung. Ein Decret ver-ordnet die gänzliche oder theilweise Expropriation von 16 Klöstern in Rom; aus öffentlichen Rücksich-ten wird der entsprechende Werthbetrag im großen Schuldbuche eingetragen.

Paris, 29. Jan. Der „Evenement“ versichert aus bester Quelle, Thiers reise zur Wiener Ausstellung und fetze dort im französischen Gesandtschaftshotel ab; in Wien werde er mit Bismarck über die Rege-lung der letzten Milliarde conferiren.

Paris, 29. Jan. In Paris sind zahlreiche Per-sonen als Mitglieder der Internationale verhaftet worden. Heute wird der französisch-englische Handels-vertrag unterzeichnet.

Brüssel, 25. Jan. In der Generalversammlung der Actionäre der Banque de l'Union, Jacobs Frö-res, hat sich, wie die „Etoile belge“ meldet, eine so große Anzahl für das an die Regierung zu rich-tende Gesuch um Bewilligung eines Moratoriums ausgesprochen, daß die dazu erforderliche Majorität der Stimmen bei Weitem überschritten ist.

Quittung.

Von Herrn Pfarrer Seilnacht in Zell i. B. wurde uns der Empfang (nach Abzug des Portos) von 12 fl. 48 kr. für das abgebrannte Kirchlein in Weimach bescheinigt. Die Expedition.

Briefkasten.

Nach H. Wir haben nur einige Leser in der Schweiz und müssen deshalb auf den Abdruck des Eingekandten ver-zichten, da unser Blatt mit einer Masse von näherliegendem Stoff überladen ist. Auch meinen wir, man solle jetzt mehr den Schismatikern im Lande, als denen in der Schweiz un-sere Aufmerksamkeit zuwenden.

Nach S. Ob unser Redacteur die betreffenden Papiere besitzt oder nicht, geht Sie nichts an. Die Art wie Sie sich darüber ausdrücken, ist nicht bloß unedel, sondern durch die gewählte Artileform obendrein eine grobe und ver-lehrende Kränkung. Wir sind jederzeit bereit auf anständige Anfragen sachentsprechende Antwort zu geben, — für die von Ihnen beliebte Form weisen wir auf den Papiertorb.

Redigirt unter Verantwortlichkeit v. Dr. Ferd. Bissing.

Für Land- und Ackerwirth.

1. Engl. Futterrüben-Samen.

Diese Rüben, die schönsten und ertragreichsten von allen jetzt bekannten Futterrüben, werden 1-3 Fuß im Umfange groß, und 5, ja 10-15 Pfd. schwer, ohne Bearbeitung, denn sie verlangen weder das Hacken noch das Häufen. Die erste Aussaat geschieht, sobald es die Witterung erlaubt, Ausgangs März oder im April. Die zweite Aussaat im Juni-Juli, auch noch Anfangs August und dann auf solchem Acker, wo man schon eine Vorfrucht abgerntet hat, z. B. Grünfutter, Frühkartoffeln, Raps, Weizen und Roggen. In 14 Wochen sind die Rüben vollständig ausgewachsen, und werden die erstgebaute bis zum Anfang des Winters verfrachtet, dagegen die zuletzt gebaute zum Winterbedarf aufbewahrt, da dieselben bis im hohen Frühjahr ihre Nahrhaftigkeit und Dauerhaftigkeit behalten. Das Pfd. Samen von der großen Sorte kostet 3 fl. 30 kr., Mittelsorte 1 fl. 45 kr., Unter 1/2 Pfd. wird nicht abgegeben. Aussaat pro Morgen 1/2 Pfd.

2. Böhmischer Riesen-Honig-Klee.

Dieser Klee ist so recht berufen, Futterarmuth mit einem Male abzuhelfen; denn er wächst und gedeiht nicht allein auf gutem, sondern auf jedem leichtsten Boden, sogar auf solchem, wo weißer Klee nicht mehr fortkommt. Er wird, sobald offenes Wetter eintritt, geerntet und gibt im ersten Jahre 3-4 Schnitt, und im zweiten Jahre 5-6 Schnitt. Man kann denselben unter Gerste und Hafer säen. Mit letzterem zusammen geschnitten, gibt er ein herrliches Futter für Pferde, auch ist der Klee seines großen Futterreichthums wegen ganz besonders für Milchkuhe und Schafvieh zu empfehlen. Vollaat pro Morgen 12 Pfd., mit Gemenge 6 Pfd. Das Pfd. Samen ächte Original-Saat kostet 1 fl. 45 kr. Unter 1/2 Pfd. wird nicht abgegeben.

3. Schottischer Riesen-Turnips-Kunkel-Rüben-Samen.

(Campion Yellow Globus.)

Diese Rüben haben ganz glatte Form, fast ohne Nebenwurzel, orangefarbenes Fleisch und große, saftreiche Blätter; im tiefgeaderten Boden werden die Rüben 18-22 Pfd. schwer. Da der Samen doppelt gereinigt ist, so beträgt die Aussaat pro Morgen nur 3 Pfd. Das Pfd. kostet 1 fl. 10 kr. Eine Cultur-Anweisung wird jedem Auftrage beigegeben. Es offerirt diese Samen:

Ferdinand Bieck in Schwedt a. D.

Frankrte Aufträge werden mit umgehender Post expedirt, und wo der Betrag nicht beigelegt, wird solcher per Postvorschuß entnommen.

Bekanntmachung.

Zulassung von Zeitungsabonnements für kürzere als viertel-jährliche Zeiträume.

In denjenigen Theilen des Deutschen Reichs-Postgebiets, in denen bisher Postabonnements auf Zeitungen für kürzere, als vierteljährliche Zeiträume nicht nachgelassen waren, können fortan außer den vierteljährlichen Abonnements, auch Abonnements auf den zweiten und dritten Monat (zusammen), sowie auf den dritten Monat des Quartals stattfinden. Daneben kann im bisherigen Umfange während des ganzen Quartals rückwirkend vom Beginn desselben ab abornirt werden. Der Erlaßpreis für Zeitungen bei zwei- oder einmonatlichem Abonnement beträgt 2/3 bz. 1/3 des vierteljährlichen Erlaßpreises für die betreffenden Zeitungen; die einzuziehenden Beträge werden jedoch auf volle Pfennige oder Viertelgroschen bz. auf volle Kreuzer abgerundet.

Die vorbezeichnete Einrichtung erstreckt sich zunächst auf solche politische Zeitungen und Anzeigblätter, welche innerhalb des Reichs-Postgebiets öfter als wöchentlich zweimal erscheinen und deren Verleger sich mit der Einführung zwei- und einmonatlicher Postabonnements einverstanden erklärt haben. Bei welchen Zeitungen u. s. w. das Letztere zutrifft und auf welche daher zunächst Abonnements für den bevorstehenden Monat Juni stattfinden können, darüber geben sämtliche Postanstalten auf Verlangen Auskunft.

Kaiserliches General-Postamt.

Stephan.

Lebensversicherung.

Eine erste deutsche Lebensversicherungs-Gesellschaft sucht unter günstigen Bedingungen für das Großherzogthum Baden einen

General-Agenten

der mit der Lebensversicherungs-Branche bekannt ist.

Franco-Offerten mit ev. Referenzen werden unter Chiffre T. R. 100. 1873 durch die Expedition dieses Blattes erbeten.

Balsam Bilfinger

gegen Rheumatismus und Gicht,

geprüft von den ersten Autoritäten Deutschlands, Frankreichs und Englands. Mit dem größten Erfolg angewendet in den Hospitälern zu Berlin, Leipzig, München, Würzburg und Paris.

Preis per 1/4 Flasche 2 fl. 40 kr., per 1/2 Flasche 1 fl. 24 kr.

Für den Erfolg garantirt der Erfinder dieses Balsams.

Zu beziehen in Karlsruhe in der bekannten Niederlage, und in den Depots in Pforzheim bei Apotheker Großholz, in Freiburg bei E. Schmiegel, Schellische Apotheke, in Baden-Baden bei Hofapotheker E. Beutemüller, in Konstanz bei Torrent, Rohrenapotheke und bei v. Saint George, Thiergarten-Apotheke, in Laub bei G. Höring, Engel-Apotheke, in Erberg bei Apotheker J. Wuisson, in Rehl bei Apotheker E. Hermann, in Mannheim bei H. Jenner, Einhornapotheke, in Markdorf bei Apotheker E. Mangold, in Salem bei Apotheker J. Jod, in Ueberlingen bei Apotheker E. Weisenberger Wwe., in Saslach bei Apotheker G. Ernst, in Furtwangen bei Apotheker E. Müller, in Bretten bei Apotheker Dr. Gerber, in Waldshut bei E. Waltherr, Apotheker.

Kapitalgesuch.

2500 Gulden werden als zweite Hypothek auf ein hiesiges Haus gegen vierfache Versicherung aufgenommen gesucht. Dasselbe könnte nach zwei Jahren auf Verlangen wieder zurückbezahlt werden. Näheres bei der Expedition dieses Blattes.

Stupferich. 3.3. Geld auszuleihen.

Im Kirchenbauhof Stupferich liegen gegen gesetzliche Versicherung 2700 fl. gleich zum Ausleihen bereit.

Die Baufondsverrechnung.

Kunz.

Glas-Photographien-Kunst-Ausstellung

in der Eintracht. Täglich Früh 10 bis Abends 9 Uhr. Entré 30 kr.; 6 Billets 2 fl., Abonnements 3 fl. Stereoscopen-Verkauf. Preisliste gratis.

Die

Feier der ewigen Anbetung

des hochheiligen Frohnleichnam's unseres Herrn Jesu Christi. Nach dem Handbüchlein der Erzbruderschaft Sanctissimi Corporis Christi für die Erzdiocese Freiburg bearbeitet. Preis 4 kr. Zu haben bei der Expedition d. Bl. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Gr. Posttheater in Karlsruhe.

Donnerstag 30. Jan. Mit allgemein aufgehobenem Abonnement und erhöhten Preisen zweite Gastdarstellung des kön preuß. Kammerjägers Hrn. Th. Wachtel. Die weiße Dame. Oper in 3 Akten. Musik von Viol. dien. Georg Brown: Hr. Th. Wachtel, als Gast. Anfang halb 7 Uhr.

Freitag 31. Jan. Erstes Quartal.

17. Abonnements-Vorstellung. Maria Stuart. Trauerspiel in fünf Akten von Schiller. Maria: Fräulein

Fermine Wolmar, vom Stadttheater in Mainz, als Gast. Anfang 6 Uhr.

Eheschließungen.

- 22. Jan. Johann Maas von Lembeck, Fischer, mit Mina Birl von hier.
- 22. " Adolph Frhr. Böcklin von Böcklinsau von hier, Hauptmann und Compagniechef, mit Emilie Rau von hier.
- 23. " Heinrich Wilhelm von Reudorf, Zimmermann, mit Karoline Heil von Philippsburg.

Todesfälle.

- 25. Jan. August Grubert, Schneider, ein Ehemann. 47 J.
- 25. " Adelsheid, Vater Schlossermeister Rüb. 1 J. 11 M. 7 T.
- 26. " Karl, Vater Schreiner Schumacher. 2 J. 6 M.
- 26. " Christian Langheinrich, pens. Regimentsfourier. 72 J.
- 27. " Sophie, Vater Schneidermeister Reich. 1 J. 26 T.
- 27. " August, Vater Blechner Suband. 3 M. 8 T.
- 27. " Johann Valentin, Kassendienter, ein Ehemann. 59 J.



Fahrtenplan vom 1. Nov. 1872

anfangend:
Abgang von Karlsruhe.
Nach Rastatt und Baden:
1⁰⁰. 6⁰⁰. 7⁰⁰. 10⁰⁰. 1⁰⁰. 2⁰⁰. 4⁰⁰. 5⁰⁰. 7⁰⁰.
Nach Bruchsal und Heidelberg:
2⁰⁰. 7⁰⁰. 9⁰⁰. 11⁰⁰. 1⁰⁰. 1⁰⁰. 4⁰⁰. 5⁰⁰. 7⁰⁰. 8⁰⁰.
Nach Pforzheim (Mühlacker).
7⁰⁰. 10⁰⁰. 1⁰⁰. 1⁰⁰. 5⁰⁰. 7⁰⁰. 11⁰⁰.
Von Pforzheim nach Karlsruhe.
5⁰⁰. 6⁰⁰. 9⁰⁰. 12⁰⁰. 1⁰⁰. 4⁰⁰. 9⁰⁰.
Nach Mannheim (Rheinthalbahn):
Hauptbahnhof: 6⁰⁰. 9⁰⁰. 2. 7⁰⁰.
Von Mannheim nach Karlsruhe:
5⁰⁰. 10⁰⁰. 2⁰⁰. 6⁰⁰.
Nach Karau (Hauptbahnhof):
6⁰⁰. 8⁰⁰. 10⁰⁰. 2⁰⁰. 6⁰⁰.
Die mit * bezeichnetenzüge sind Schnellzüge.

Cours der Staatspapiere. Frankfurt, den 29. Januar.

Staatspapiere	Pr. comptant	Staatspapiere	Pr. comptant	Staatspapiere	Pr. comptant	Staatspapiere	Pr. comptant
Preuss. 4 1/2% Consol. Oblig.	112 1/2	Russland 5% Obligationen v. 1871	89 1/2	6% Deferr. Südbahn-Bonds pr. 1874	—	Basel 4% Oblig.	100
do. 4 1/2% do.	112 1/2	Belgien 4 1/2% Obligationen	85 1/2	5% Prioritäten	86 1/2	do. 4% do.	100
do. 4% do.	103 1/2	Schweden 4 1/2% Obl. in Thaler	97 1/2	5% Cassab., Coupons i. Silb. 1. G.	82 1/2	do. 4% do.	100
Baden 5% Obligationen	103 1/2	Schweiz 4 1/2% Eidgenossensch.-Obl. i. Fr.	101	5% Sächsisch-Westbahn, Coup. i. Silb.	—	do. 4% do.	100
do. 4 1/2% do.	98 1/2	4 1/2% Berner Obligationen	98 1/2	5% Sächsisch-Ostbahn, Coup. i. Silb.	102 1/2	do. 4% do.	100
do. 4% do.	94	A.-America 5% Bonds 1862 v. 1862	6 1/2	5% Sächsisch-Ludwigsbahn	—	do. 4% do.	100
do. 3 1/2% do. n. 1864	8 1/2	6% " 1865 v. 1865	97 1/2	5% Sächsisch-Ludwigsb. (S. G. B.)	85	do. 4% do.	100
Bayern 5% Obligationen	0 1/2	5% do. 1904 v. n. 1864	95 1/2	5% Sächs. Central	85	do. 4% do.	100
do. 4% " (Rind 1869)	100	Spanien 3% neue Schuld von 1869	26 1/2	5% Rheinl. Central	—	do. 4% do.	100
do. 4% " (Rind 1869)	100	Frankreich 5% Rente. Fr. 28 kr.	85 1/2	5% Rheinl. Central	—	do. 4% do.	100
Alt-Preuss. 5% Obligationen	100	do. leere	89	5% Rheinl. Central	—	do. 4% do.	100
do. 4 1/2% do.	100	Italien und Prioritäten	—	5% Rheinl. Central	—	do. 4% do.	100
do. 4% do.	93 1/2	Portugies. Bond	114 1/2	5% Rheinl. Central	—	do. 4% do.	100
do. 4% do.	100 1/2	3% Pruss. Bond à fl. 500	141	5% Rheinl. Central	—	do. 4% do.	100
do. 4% do.	95 1/2	4% Darmstädter Bank-Aktion zu fl. 250	472	5% Rheinl. Central	—	do. 4% do.	100
do. 4% do.	105	3% Deferr. Nationalbank à fl. 200 & fr.	103 1/2	5% Rheinl. Central	—	do. 4% do.	100
do. 4% do.	110	5% do. Credit-Aktion D. B.	368	5% Rheinl. Central	—	do. 4% do.	100
do. 4% do.	103	Stuttgarter Bond	109	5% Rheinl. Central	—	do. 4% do.	100
do. 4% do.	98 1/2	5% Cassab. Bahn à fl. 200	86 1/2	5% Rheinl. Central	—	do. 4% do.	100
do. 4% do.	85 1/2	5% Rudolph-Wilhelmsbahn 2. G. à fl. 200	182	5% Rheinl. Central	—	do. 4% do.	100
do. 4% do.	61 1/2	4% Ludwigs-Bergbacher Eisenbahn fl. 500	196	5% Rheinl. Central	—	do. 4% do.	100
do. 4% do.	1 1/2	4 1/2% Bayer. Eisenbahn	31	5% Rheinl. Central	—	do. 4% do.	100
do. 4% do.	76 1/2	4% Sächs. Ludwigsbahn à Thlr. 200	175	5% Rheinl. Central	—	do. 4% do.	100
do. 4% do.	90	5% Deferr. Staats-Eisenbahn à 500 Fr	136 1/2	5% Rheinl. Central	—	do. 4% do.	100

Druck und Verlag von S. Schöps, Albrechtsstr. 20 in Karlsruhe.